

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB .....	XXIX

## 1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

<b>§ 1. Recht und Rechtsquellen</b> .....	1
A. Das Recht .....	1
I. Die Struktur des Rechts .....	1
II. Die Aufgabe des Rechts .....	1
B. Die Rechtsquellen .....	2
I. Rechtsprinzip und Rechtssatz .....	2
II. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht .....	2
1. Gesetztes Recht .....	2
2. Gewohnheitsrecht .....	3
a) Entstehung und Begriff des Gewohnheitsrechts .....	3
b) Gleichberechtigung von Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht ..	3
c) Außerkrafttreten des Gewohnheitsrechts .....	3
III. Richterrecht und Verkehrssitte .....	4
1. Richterrecht .....	4
2. Verkehrssitte .....	4
<b>§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht</b> .....	5
A. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung .....	5
B. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts .....	6
I. Die Gebiete des Privatrechts .....	6
II. Die Gebiete des öffentlichen Rechts .....	7
C. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht .....	8
<b>§ 3. Das bürgerliche Recht</b> .....	9
A. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts .....	9
I. Die Entstehung des BGB .....	9
II. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB ..	10
III. Aufbau und Inhalt des BGB .....	12
IV. Sprache und Regelungstechnik des BGB .....	12
V. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB .....	14
1. Strenges und billiges Recht .....	14
2. Zwingendes und dispositives Recht; Auslegungsregeln .....	15
B. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts .....	16
I. Das Kaiserreich .....	16
II. Die Weimarer Republik .....	17
III. Die nationalsozialistische Herrschaft .....	17
IV. Die Besatzungszeit .....	18
V. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR .....	18
VI. Die Entwicklung in der Bundesrepublik .....	19

VII

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Die Bedeutung des Grundgesetzes .....	19
2. Die Rechtsentwicklung auf einzelnen Gebieten .....	19
VII. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht .....	20
1. Die Rechtsangleichung als Ziel der Union .....	20
2. Die Mittel der Rechtsangleichung .....	20
a) Die Verordnung .....	20
b) Die Richtlinie .....	20
3. Der Einfluss der Richtlinien auf das Bürgerliche Recht .....	21
4. Die richtlinienkonforme Auslegung .....	21
5. Fehlerhafte Umsetzung einer Richtlinie .....	22
6. Der Einfluss des AEUV auf das Bürgerliche Recht .....	22
7. Künftiges Europäisches Zivilgesetzbuch .....	22
C. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs .....	23
I. Der sachliche Geltungsbereich .....	23
II. Der zeitliche Geltungsbereich .....	23
III. Der räumliche Geltungsbereich .....	23
<b>§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts</b> .....	25
A. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen .....	25
I. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes .....	25
II. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion) .....	25
III. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge .....	25
B. Die Rechtsanwendung im Prozess .....	25
I. Die Stellung des Richters .....	25
II. Die Aufgabe des Richters im Prozess .....	26
1. Die Klageerhebung .....	26
2. Die mündliche Verhandlung .....	26
3. Die Beweisaufnahme .....	26
4. Das Urteil .....	27
C. Die Gesetzesauslegung .....	27
I. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung .....	27
II. Das Ziel der Gesetzesauslegung .....	27
III. Die Methoden der Gesetzesauslegung .....	27
1. Die sprachlich-grammatische Auslegung .....	28
2. Die systematische Auslegung .....	28
3. Die historische Auslegung .....	28
4. Die teleologische Auslegung .....	29
5. Exkurs: Die ökonomische Analyse des Rechts .....	29
IV. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung .....	30
D. Die Rechtsfortbildung .....	30
I. Ausfüllung von Gesetzeslücken .....	30
1. Analogie .....	30
2. Teleologische Reduktion .....	31
II. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung .....	31

## 2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

<b>§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre</b> . . . . .	33
A. Der Grundsatz der Privatautonomie . . . . .	33
I. Die Bedeutung der Privatautonomie . . . . .	33
II. Die Schranken der Privatautonomie . . . . .	34
1. Schranken der Abschlussfreiheit . . . . .	34
a) Zum Schutze des Handelnden . . . . .	34
b) Zum Schutze Dritter . . . . .	35
2. Schranken der Inhaltsfreiheit . . . . .	35
a) Zum Schutze des Vertragspartners . . . . .	35
b) Zum Schutze Dritter und der Allgemeinheit . . . . .	35
3. Schranken der Formfreiheit . . . . .	35
4. Schutz vor Diskriminierung . . . . .	35
B. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenshaftung . . . . .	35
C. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre . . . . .	37
I. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts . . . . .	37
II. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts . . . . .	37
III. Geschäftähnliche Handlung und Realakt . . . . .	38
1. Geschäftähnliche Handlung . . . . .	38
2. Realakt . . . . .	38
3. Zweifelsfragen . . . . .	39
D. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte . . . . .	39
I. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte . . . . .	39
II. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen . . . . .	39
III. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte . . . . .	40
IV. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte . . . . .	40
1. Begriff, Bedeutung und Unterschiede . . . . .	40
2. Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip . . . . .	42
3. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verpflichtungsgeschäfts („Leistungskondiktion“) . . . . .	43
4. Die Folgen des Abstraktionsprinzips bei Unwirksamkeit nur des Verfügungsgeschäfts . . . . .	44
V. Treuhandgeschäfte . . . . .	44
VI. Verbraucherverträge . . . . .	45
1. Die Begriffe des „Verbrauchers“ und des „Unternehmers“ . . . . .	45
a) „Verbraucher“ . . . . .	45
b) „Unternehmer“ . . . . .	46
2. Einzelne Verbrauchervertragsregelungen . . . . .	47
3. Durchsetzung der Verbraucherschutzregelungen . . . . .	47
<b>§ 6. Die Willenserklärung</b> . . . . .	48
A. Begriff und Arten der Willenserklärung . . . . .	48
I. Der Begriff der Willenserklärung . . . . .	48
1. Der objektive Tatbestand . . . . .	48
2. Der subjektive Tatbestand . . . . .	50
II. Die Arten der Willenserklärung . . . . .	51
1. Ausdrückliche und konkludente Willenserklärung . . . . .	51

## Inhaltsverzeichnis

---

2. Schweigen als Willenserklärung .....	52
a) Schweigen als Erklärungshandlung .....	52
b) Schweigen mit Erklärungswirkung .....	52
3. Automatisierte Willenserklärungen .....	53
4. Online abgegebene Willenserklärungen .....	53
B. Das Wirksamwerden der Willenserklärung .....	53
I. Grundsatz .....	53
II. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen .....	53
III. Die Abgabe der Willenserklärung .....	54
IV. Der Zugang der Willenserklärung .....	56
1. Der Begriff des Zugangs .....	56
2. Einzelfragen .....	58
a) Zustellung durch die Post .....	58
b) Einschaltung einer Mittelperson .....	59
c) Einschaltung von elektronischen Kommunikationssystemen .....	60
d) Erklärungen unter Anwesenden .....	61
e) Formbedürftige Willenserklärungen .....	61
f) Beweis des Zugangs .....	62
g) Abweichende Regelungen .....	62
3. Der Widerruf der Erklärung .....	62
4. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden (§ 130 Abs. 2 BGB) .....	62
5. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB) .....	63
6. Zustellung als Zugangserersatz .....	64
7. Zugangshindernisse, insbes. Vereitelung oder Verzögerung des Zugangs .....	65
<b>§ 7. Die Willensmängel .....</b>	66
A. Überblick .....	66
B. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens .....	67
I. Fehlen des Handlungswillens .....	67
II. Fehlen des Erklärungsbewusstseins .....	68
III. Fehlen des Geschäftswillens .....	69
C. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung .....	70
I. Der geheime Vorbehalt (§ 116 BGB) .....	70
II. Das Scheingeschäft (§ 117 BGB) .....	71
1. Begriff und Bedeutung des Scheingeschäfts .....	71
2. Abgrenzung .....	71
3. Der Schutz Dritter beim Scheingeschäft .....	72
4. Das verdeckte Geschäft .....	72
III. Die nichternstliche Erklärung (§ 118 BGB) .....	72
1. Begriff und Bedeutung .....	72
2. Abgrenzung .....	73
D. Der Irrtum .....	73
I. Allgemeines .....	73
II. Die einzelnen Irrtumstatbestände .....	74

1. Der Erklärungssirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB) . . . . .	74
2. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB) . . . . .	75
3. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB) . . . . .	75
4. Der Übermittlungssirrtum (§ 120 BGB) . . . . .	77
III. Abgrenzungsfragen . . . . .	78
1. Das Unterschreiben einer ungelesenen Urkunde . . . . .	78
2. Der Irrtum über die Rechtsfolgen . . . . .	79
3. Der Kalkulationsirrtum und der beiderseitige Motivirrtum . . . . .	80
4. Die automatisierte Willenserklärung . . . . .	81
5. Die abredewidrige Blankettausfüllung . . . . .	82
IV. Einschränkungen der Anfechtbarkeit . . . . .	83
1. Die subjektive und objektive Erheblichkeit des Irrtums . . . . .	83
2. Die Anfechtungsfrist (§ 121 Abs. 1 S. 1 BGB) . . . . .	83
3. Sonstige Einschränkungen . . . . .	84
a) Einverständnis des Gegners mit wirklich gewolltem Geschäftsinhalt . . . . .	84
b) Vorrang der geschäftstypischen Risikoverteilung . . . . .	84
c) Vorrang der Mängelhaftung vor der Anfechtung nach § 119 Abs. 2 BGB? . . . . .	84
d) Einschränkung der Anfechtung bei Arbeits- und Gesellschaftsverträgen . . . . .	85
e) Ausschluss der Anfechtung durch Vereinbarung . . . . .	85
V. Die Anfechtung und ihre Folgen . . . . .	85
E. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung . . . . .	86
I. Allgemeines . . . . .	86
II. Die arglistige Täuschung . . . . .	86
1. Täuschung . . . . .	86
2. Kausalität zwischen Täuschung und Willenserklärung . . . . .	88
3. Arglist . . . . .	88
4. Person des Täuschenden . . . . .	89
5. Beweiskast . . . . .	90
III. Die widerrechtliche Drohung . . . . .	90
1. Drohung . . . . .	90
2. Kausalität zwischen Drohung und Erklärung . . . . .	92
3. Widerrechtlichkeit der Handlung . . . . .	92
a) Widerrechtlichkeit des Mittels . . . . .	92
b) Widerrechtlichkeit des Zwecks . . . . .	92
c) Inadäquanz von Mittel und Zweck . . . . .	92
IV. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung . . . . .	93
1. Anfechtbarkeit und Anfechtung . . . . .	93
2. Einschränkungen der Anfechtbarkeit . . . . .	94
3. Die Anfechtungsfristen . . . . .	94
4. Konkurrenzfragen . . . . .	94
a) Das Verhältnis zu Nichtigkeits- und sonstigen Anfechtungsgründen . . . . .	94
b) Das Verhältnis zu Leistungsstörungsregeln . . . . .	95
c) Das Verhältnis zu Schadensersatzansprüchen . . . . .	95

## Inhaltsverzeichnis

---

F. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung .....	96
I. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung .....	96
1. Begriff der Anfechtbarkeit .....	96
2. Gegenstand der Anfechtung .....	97
3. Abgrenzung .....	97
II. Voraussetzungen der Anfechtung .....	97
1. Zulässigkeit der Anfechtung .....	97
2. Anfechtungsgründe .....	98
3. Anfechtungsfristen .....	98
III. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner .....	99
1. Das Anfechtungsrecht .....	99
2. Die Anfechtungserklärung .....	99
3. Der Anfechtungsgegner .....	100
IV. Die Wirkungen der Anfechtung .....	100
1. Rückwirkung .....	100
2. Folgen des Kennens und Kennenmüssens der Anfechtbarkeit .....	101
3. Wirkung gegenüber Dritten .....	102
V. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB) .....	102
 <b>§ 8. Der Vertrag</b> .....	103
A. Allgemeines .....	103
I. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages .....	103
II. Das Zustandekommen des Vertrages .....	104
III. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis .....	104
B. Das Angebot .....	105
I. Die Voraussetzungen des Angebots .....	105
1. Die Bestimmtheit des Angebots .....	106
2. Die Verbindlichkeit des Angebots .....	106
II. Rechtsfolgen des Angebots .....	108
1. Bindung an das Angebot .....	108
2. Die Rechtsposition des Angebotsempfängers .....	109
3. Das Erlöschen des Angebots .....	109
C. Die Annahme .....	111
I. Begriff und Bedeutung der Annahme .....	111
II. Erklärung der Annahme .....	112
III. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“ .....	114
IV. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“ ..	114
1. Abgrenzung .....	114
2. Bedeutung des Schweigens auf ein Bestätigungsschreiben .....	115
3. Voraussetzungen des Vertrauenschutzes .....	116
4. Grenzen des Vertrauenschutzes .....	116
5. Unkenntnis und Willensmängel beim Empfänger .....	116
D. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung .....	117
I. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte .....	117
II. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung .....	118
1. Widerrufserklärung .....	118
2. Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung .....	118
III. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs .....	118

E. Der Einigungsmangel (Dissens) . . . . .	119
I. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages . . . . .	119
II. Der offene Dissens . . . . .	119
III. Der versteckte Dissens . . . . .	120
F. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang . . . . .	121
G. Vorvertrag und Optionsvertrag . . . . .	123
I. Der Vorvertrag . . . . .	123
II. Der Optionsvertrag . . . . .	124
III. Exkurs: Die Festofferte . . . . .	125
H. Der Vertragsschluss im Internet . . . . .	125
I. Einführung . . . . .	125
II. Das Zustandekommen des Vertrages im Internet . . . . .	125
1. Angebot . . . . .	126
2. Annahme . . . . .	126
3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen . . . . .	127
III. Wirksamkeit von Willenserklärungen . . . . .	127
1. Abgabe und Zugang . . . . .	127
2. Willensmängel . . . . .	127
3. Form . . . . .	128
4. Bestellung über Schaltfläche („Button“) . . . . .	128
<b>§ 9. Die Auslegung des Rechtsgeschäfts</b> . . . . .	129
A. Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung . . . . .	130
B. Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel . . . . .	130
C. Auslegungsziele . . . . .	131
I. Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage ..	131
II. Die Auslegung von Testamenten . . . . .	131
III. Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen ..	131
IV. Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit ..	133
D. Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze . . . . .	133
I. Das Verbot der Buchstabenauslegung . . . . .	133
II. Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157 BGB) . . . . .	134
III. Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten . . . . .	135
IV. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen . . . . .	135
E. Die ergänzende Vertragsauslegung . . . . .	136
I. Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht ..	136
II. Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	137
1. Voraussetzungen . . . . .	137
2. Durchführung . . . . .	137
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Störung der Geschäftsgrundlage ..	138
<b>§ 10. Die Geschäftsfähigkeit</b> . . . . .	139
A. Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit ..	139
I. Die Geschäftsfähigkeit . . . . .	139
II. Die Geschäftsunfähigkeit . . . . .	139
III. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit ..	140
B. Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit . . . . .	140

## Inhaltsverzeichnis

---

C. Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit .....	142
I. Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften .....	142
1. Verpflichtungsgeschäfte .....	143
2. Verfügungsgeschäfte .....	144
3. Annahme einer Leistung als Erfüllung .....	146
4. Ausübung von Gestaltungsrechten und Ablehnung von Angeboten	146
5. Rechtlich neutrale Geschäfte .....	147
II. Die Einwilligung .....	148
1. Begriff der Einwilligung .....	148
2. Arten der Einwilligung .....	148
a) Die Einzeleinwilligung .....	149
b) Die Generaleinwilligung .....	149
c) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB) .....	149
III. Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung .....	151
1. Einseitige Rechtsgeschäfte .....	151
2. Verträge .....	151
IV. Die Handels- und Arbeitsmündigkeit .....	152
1. Die Handelsmündigkeit .....	153
2. Die Arbeitsmündigkeit .....	153
V. Die datenschutzrechtliche Einwilligung durch Minderjährige .....	153
D. Vormundschaft, Pflegschaft für Minderjährige, rechtliche Betreuung .....	154
I. Vormundschaft .....	154
II. Pflegschaft für Minderjährige .....	154
III. Rechtliche Betreuung .....	154
<b>§ 11. Die Vertretung .....</b>	<b>155</b>
A. Allgemeines .....	156
I. Begriff und Funktion der Vertretung .....	156
1. Gesetzliche Vertretung .....	156
2. Gewillkürte Vertretung .....	157
II. Voraussetzungen und Folgen der Vertretung .....	157
III. Zulässigkeit der Vertretung .....	158
IV. Anwendungsbereich der Vertretung .....	158
V. Abgrenzung .....	158
1. Bote .....	158
2. Abschlussvermittler .....	158
3. Verhandlungsgehilfe .....	158
4. Mittelbarer (Stell-)Vertreter .....	158
5. Treuhänder .....	159
6. Gesetzliche Vermögensverwalter .....	159
7. Wissensvertreter .....	159
B. Das Handeln in fremdem Namen .....	159
I. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten) .....	159
II. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip) .....	160
III. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“ .....	161
IV. Die „mittelbare Stellvertretung“ .....	162

V.	Das „Handeln unter fremdem Namen“ .....	162
C.	Die Vollmacht .....	163
	I. Begriff und Erteilung der Vollmacht .....	163
	II. Vollmacht und Innenverhältnis .....	164
	III. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft .....	164
	IV. Vollmacht und Willensmängel .....	165
	V. Erlöschen der Vollmacht .....	166
	1. Erledigung der Vollmacht .....	167
	2. Erlöschen nach Maßgabe des Innenverhältnisses .....	167
	3. Verzicht auf die Vollmacht .....	168
	4. Widerruf der Vollmacht .....	168
	5. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers .....	168
	6. Tod und Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten .....	169
D.	Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinvollmacht .....	169
	I. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsscheinvollmacht .....	169
	1. Rechtsschein des Fortbestands einer Außenvollmacht .....	170
	2. Rechtsschein durch Kundgabe der Bevollmächtigung .....	170
	3. Aushändigung einer Vollmachtsurkunde .....	170
	4. Sonstige Fälle .....	171
	II. Duldungs- und Anscheinvollmacht .....	171
	1. Duldungsvollmacht .....	172
	2. Anscheinvollmacht .....	173
	III. Weitere Voraussetzungen der Rechtsscheinvollmacht .....	174
E.	Das Vertretergeschäft .....	175
	I. Auslegung .....	175
	II. Willensmängel .....	176
	III. Kennen und Kennenmüssen von Umständen .....	177
	IV. Erweiterte Wissenszurechnung .....	178
	1. Wissenszurechnung bei Vertretern einer juristischen Person .....	178
	2. Wissenszurechnung bei „Wissensvertretern“ .....	178
	3. Wissenszurechnung innerhalb einer arbeitsteiligen Organisation ..	178
F.	Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht .....	179
	I. Der Umfang der Vertretungsmacht .....	179
	1. Gesetzliche Vertretungsmacht .....	179
	2. Organschaftliche Vertretungsmacht .....	180
	3. Vollmacht .....	180
	a) Allgemeines .....	180
	b) Untervollmacht .....	181
	c) Spezial-, Gattungs- und Generalvollmacht .....	181
	d) Transmortale und postmortale Vollmacht .....	182
	e) Verdrängende Vollmacht? .....	182
	II. Einzel- und Gesamtvertretung .....	182
	III. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion .....	182
	IV. Das Insichgeschäft .....	184
G.	Handeln ohne Vertretungsmacht .....	185
	I. Die Folgen für das Vertretergeschäft .....	185
	1. Verträge .....	185

## Inhaltsverzeichnis

---

2. Einseitige Rechtsgeschäfte .....	186
II. Die Haftung des Vertreters (§ 179 BGB) .....	187
1. Die Haftung bei Kenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB) .....	187
2. Die Haftung bei Unkenntnis von der fehlenden Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB) .....	188
3. Ausschluss der Haftung (§ 179 Abs. 3 BGB) .....	188
4. Fragen der Beweislast und des Wahlrechts des Gegners bei der Rechtsscheinvollemacht .....	189
5. Einzelfragen .....	189
III. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem .....	190
IV. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem .....	190
 <b>§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts .....</b>	 191
A. Die Formfreiheit als Grundsatz .....	191
B. Gesetzliche und gewillkürte Form .....	191
C. Die Formzwecke .....	192
D. Die Arten der Form .....	193
I. Die schriftliche Form (§§ 126, 127 BGB) .....	193
II. Die elektronische Form (§ 126a BGB, § 127 Abs. 1, 3 BGB) .....	195
III. Die Textform (§§ 126b, 127 Abs. 1 BGB) .....	196
IV. Die telekommunikative Übermittlung (§ 127 Abs. 2 BGB) .....	197
V. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB) .....	197
VI. Die notarielle Beurkundung (§§ 127a, 128 BGB) .....	198
E. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften .....	199
I. Nichtigkeit als Folge des Formverstoßes .....	199
II. Heilung des Formmangels .....	199
III. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen? .....	199
1. Das Problem: Rechtssicherheit contra Billigkeit .....	199
2. Die Rechtslage bei Verpflichtungsgeschäften .....	200
3. Die Rechtslage bei sonstigen Rechtsgeschäften .....	201
F. Nichteinhaltung der gewillkürten Form .....	201
 <b>§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts .....</b>	 202
A. Allgemeines .....	202
I. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht .....	202
1. Der rechtsgeschäftliche Typenzwang .....	202
2. Die Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Veräußerungsverbote (§ 137 S. 1 BGB) .....	203
II. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit .....	204
1. Einschränkungen durch zwingende Rechtsnormen .....	204
2. Einschränkungen durch das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	204
3. Einschränkungen durch die Generalklauseln .....	205
4. Das Problem der Vertragsgerechtigkeit .....	205
B. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB) .....	205
I. Allgemeines .....	205
II. Vorliegen eines Verbotsgesetzes .....	206

III.	Rechtsfolgen . . . . .	207
1.	Das Verpflichtungsgeschäft . . . . .	207
2.	Das Erfüllungsgeschäft . . . . .	207
3.	Die Rückabwicklung . . . . .	208
4.	Schadensersatzansprüche . . . . .	208
IV.	Die Gesetzesumgehung . . . . .	208
C.	Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB) . . . . .	209
I.	Der Begriff der „guten Sitten“ . . . . .	209
1.	Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen . . . . .	209
2.	Die rechtlichen Wertungen . . . . .	209
3.	Der Beurteilungszeitpunkt . . . . .	210
II.	Die Feststellung der Sittenwidrigkeit . . . . .	210
III.	Fallgruppen . . . . .	211
1.	Machtmisbrauch . . . . .	211
2.	Gefährdung Dritter oder der Allgemeinheit . . . . .	212
3.	Knebelungsverträge . . . . .	212
4.	Wettbewerbsverbote . . . . .	212
5.	Verstöße gegen die Sexualmoral . . . . .	213
6.	Wucherähnliches Geschäft . . . . .	213
IV.	Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit . . . . .	214
1.	Allgemeines . . . . .	214
2.	Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts . . . . .	215
3.	Rückabwicklung . . . . .	215
4.	Verhältnis zur AGB-Kontrolle . . . . .	216
5.	Ersatzansprüche des Benachteiligten . . . . .	216
D.	Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2 BGB) . . . . .	216
I.	Der Tatbestand des Wuchergeschäfts . . . . .	216
1.	Objektive Voraussetzungen . . . . .	216
2.	Subjektive Voraussetzungen . . . . .	217
II.	Die Rechtsfolgen . . . . .	218
1.	Das Verpflichtungsgeschäft . . . . .	218
2.	Das Erfüllungsgeschäft . . . . .	218
3.	Die Rückabwicklung . . . . .	218
<b>§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung</b>	.	219
A.	Die Zustimmung . . . . .	219
I.	Begriff und Bedeutung der Zustimmung . . . . .	219
II.	Einzelheiten zur Zustimmung . . . . .	220
III.	Die Verfügung eines Nichtberechtigten . . . . .	221
IV.	Die „Ermächtigung“ . . . . .	223
1.	Verfügungsermächtigung . . . . .	223
2.	Ausübungs-, insbesondere Einziehungsermächtigung . . . . .	223
3.	Verpflichtungsermächtigung? . . . . .	223
B.	Die Bedingung . . . . .	224
I.	Begriff und Bedeutung der Bedingung . . . . .	224
1.	Allgemeines . . . . .	224
2.	Arten der Bedingung . . . . .	225
II.	Die Zulässigkeit der Bedingung . . . . .	226

## Inhaltsverzeichnis

---

III.	Die Wirksamkeit der Bedingung .....	226
IV.	Die Wirkungen der Bedingung .....	227
1.	Der Eintritt der Bedingung .....	227
2.	Der Ausfall der Bedingung .....	228
3.	Der Schwebezustand .....	228
C.	Die Befristung .....	229
D.	Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen .....	230
<b>§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft .....</b>		230
A.	Die Nichtigkeit .....	231
I.	Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit .....	231
II.	Die Teilnichtigkeit (§ 139 BGB) .....	231
1.	Allgemeines .....	231
2.	Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts .....	232
3.	Rechtsfolgen .....	233
4.	Vorrang des abweichenden Parteiwillens .....	233
III.	Die Umdeutung (§ 140 BGB) .....	234
1.	Allgemeines .....	234
2.	Vorrang der Auslegung .....	234
3.	Voraussetzungen der Umdeutung .....	235
4.	Rechtsfolgen .....	236
5.	Ausschluss der Umdeutung .....	236
IV.	Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB) .....	236
1.	Allgemeines .....	236
2.	Voraussetzungen .....	236
3.	Rechtsfolgen .....	237
B.	Die schwebende Unwirksamkeit .....	237
C.	Die relative Unwirksamkeit .....	238
D.	Nichtigkeit und Gestaltungsrechte .....	239
<b>§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen ...</b>		239
A.	Allgemeines .....	239
B.	Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ .....	240
I.	Die gesetzliche Definition (§ 305 Abs. 1 S. 1 BGB) .....	240
1.	Vertragsbedingungen .....	241
2.	Vorformulierung .....	241
3.	Vielzahl von Verträgen .....	241
4.	Stellen der Vertragsbedingungen .....	242
II.	Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB) .....	242
C.	Sonderregelung für Verbraucherverträge .....	243
I.	Begriff des „Verbrauchervertrags“ .....	243
II.	Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB) .....	243
III.	Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB) .....	244
IV.	Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB) .....	244
D.	Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag .....	244
I.	Die Einbeziehungsvereinbarung .....	244
1.	Ausdrücklicher Hinweis auf die AGB bei Vertragsschluss .....	244
2.	Verschaffung der Möglichkeit der Kenntnisnahme .....	245

3. Einverständnis des Gegners .....	245
II. Exkurs: Kollidierende AGB .....	245
E. Überraschende Klauseln .....	246
F. Die Auslegung von AGB .....	247
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung .....	247
II. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305b BGB) .....	247
III. Die Unklarheitenregel (§ 305c Abs. 2 BGB) .....	248
G. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot .....	249
I. Die Inhaltskontrolle von AGB .....	249
II. Das Umgehungsverbot .....	250
H. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB .....	250

### **3. Kapitel. Das subjektive Recht**

<b>§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht .....</b>	253
A. Das Rechtsverhältnis .....	253
I. Begriff .....	253
II. Inhalt .....	253
III. Entstehen, Änderung und Ende .....	253
B. Das subjektive Recht .....	254
I. Begriff und Bedeutung .....	254
II. Arten .....	254
1. Absolute Rechte .....	254
2. Relative Rechte .....	255
3. Sonstige Arten .....	257
III. Erwerb und Verlust .....	258
1. Erwerb .....	258
2. Verlust .....	259
IV. Die Rechtsausübung .....	259
V. Grenzen der Rechtsausübung .....	260
1. Schikane .....	260
2. Sittenwidrige Rechtsausübung .....	260
3. Treuwidrige Rechtsausübung .....	261
C. Pflichten und Obliegenheiten .....	262
I. Pflichten .....	262
II. Obliegenheiten .....	262
<b>§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede .....</b>	262
A. Anspruch .....	263
I. Begriff und Bedeutung des Anspruchs .....	263
II. Arten des Anspruchs .....	263
III. Anspruchsgrundlage .....	263
IV. Allgemeine Regeln .....	263
V. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen .....	264
B. Einwendungen und Einreden .....	264
I. Einwendungen .....	264
II. Einreden .....	264
III. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess .....	265

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Bestreiten der Klagetatsache („Klageleugnen“) .....	265
2. Vorbringen von Verteidigungstatsachen („Einreden im prozessrechtlichen Sinn“) .....	265
C. Die Einrede der Verjährung .....	266
I. Begriff und Zweck der Verjährung .....	266
II. Anwendungsbereich der Verjährung .....	266
III. Verjährungsfristen .....	266
1. Grundsatz .....	266
2. Spezialregelungen .....	267
IV. Beginn der Verjährung .....	267
1. Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist .....	267
2. Beginn der Verjährungsfrist von Ansprüchen, die nicht der regelmäßigen Verjährungsfrist unterliegen .....	268
V. Verjährungshindernisse .....	268
VI. Wirkungen der Verjährung .....	270
1. Entstehen eines Leistungsverweigerungsrechts .....	270
2. Keine Rückforderung des Geleisteten .....	270
3. Fortbestand dinglicher Sicherheiten .....	270
VII. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft .....	270
1. Grundsatz der Vertragsfreiheit .....	270
2. Erschwerung der Verjährung .....	271
3. Erleichterung der Verjährung .....	271
4. Verzicht auf die Einrede der Verjährung .....	271
<b>§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz .....</b>	271
A. Der staatliche Rechtsschutz .....	271
I. Erkenntnisverfahren .....	272
II. Vollstreckungsverfahren .....	272
III. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes .....	272
B. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe .....	272
I. Überblick .....	272
II. Notwehr .....	273
1. Begriff und Voraussetzungen .....	273
2. Rechtsfolge .....	274
III. Notstand .....	274
1. Begriff und Arten des Notstands .....	274
2. Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB) .....	274
3. Angriffsnotstand .....	275
IV. Selbsthilfe (§§ 229–231 BGB) .....	276
1. Begriff der Selbsthilfe .....	276
2. Voraussetzungen der Selbsthilfe .....	276
3. Mittel der Selbsthilfe .....	276
4. Grenzen der Selbsthilfe .....	276
5. Rechtsfolge .....	277

**4. Kapitel. Die Rechtssubjekte**

<b>§ 20. Die natürlichen Personen</b> .....	278
A. Der Mensch als Rechtssubjekt .....	278
B. Die Rechtsfähigkeit des Menschen .....	278
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit .....	278
II. Beginn der Rechtsfähigkeit .....	278
III. Ende der Rechtsfähigkeit .....	279
IV. Beweisfragen und Todeserklärung .....	279
V. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit .....	279
VI. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit .....	280
C. Der Wohnsitz .....	280
I. Begriff und Bedeutung .....	280
II. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz .....	281
D. Name und Namenschutz .....	281
I. Begriff und Arten des Namens .....	281
II. Das Namensrecht .....	282
III. Der Schutz des Namens .....	282
1. Namensbestreitung .....	282
2. Namensanmaßung .....	282
3. Verletzungsfolgen .....	284
IV. Die Ausdehnung des Namenschutzes .....	284
E. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz .....	284
<b>§ 21. Juristische Personen</b> .....	285
A. Allgemeines .....	285
I. Begriff und Bedeutung .....	285
II. Arten und Entstehung der juristischen Person .....	286
1. Juristische Personen des Privatrechts .....	286
2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	287
III. Die Relativierung der juristischen Person .....	287
1. Verein und Gesellschaft als Organisationsmodelle .....	287
2. Die „rechtsfähige Personengesellschaft“ .....	287
B. Der rechtsfähige Verein .....	288
I. Entstehung .....	288
1. Gründungsvertrag .....	288
2. Erlangung der Rechtsfähigkeit .....	288
3. Vorverein .....	289
II. Mitgliedschaft .....	289
1. Begründung und Beendigung .....	289
2. Inhalt .....	290
3. Vereinsstrafen .....	290
III. Organisation und Willensbildung .....	291
1. Die Vereinsverfassung .....	291
2. Die Organe des Vereins .....	292
a) Der Vorstand .....	292
b) Die Mitgliederversammlung .....	293
IV. Vertretung und Haftung .....	294

## *Inhaltsverzeichnis*

---

1. Vertretung bei Rechtsgeschäften .....	294
2. Haftung des Vereins .....	294
a) Die Organ- und Repräsentantenhaftung (§ 31 BGB) .....	295
b) Gehilfenhaftung .....	296
c) Haftung für Organisationsmängel .....	297
d) Haftung der Vereinsmitglieder? .....	297
V. Haftung von Vorstandsmitgliedern .....	298
VI. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins .....	298
1. Erlöschen und Auflösung .....	298
2. Verlust der Rechtsfähigkeit .....	298
3. Liquidation .....	298
C. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit .....	299
I. Rechtsentwicklung .....	299
II. Teilnahme am Rechtsverkehr .....	299
III. Rechtsverfolgung durch und gegen den Verein .....	300
IV. Haftung .....	300
1. Haftung der Vereinsmitglieder .....	300
2. Die Haftung des Handelnden (§ 54 Abs. 2 BGB) .....	300
D. Die Stiftung .....	301
I. Begriff und Bedeutung .....	301
II. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung .....	301
1. Entstehen der Stiftung .....	301
2. Verfassung der Stiftung .....	302
3. Erlöschen der Stiftung .....	302

## **5. Kapitel. Die Rechtsobjekte**

<b>§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen .....</b>	303
A. Die Rechtsobjekte .....	303
I. Begriff und Bedeutung .....	303
II. Abgrenzung .....	303
B. Das Vermögen .....	304
I. Begriff .....	304
II. Bedeutung .....	304
C. Das Unternehmen .....	306
I. Begriff .....	306
II. Bedeutung .....	306
<b>§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen .....</b>	307
A. Die Sachen .....	307
I. Begriff und Abgrenzung .....	307
II. Arten .....	308
1. Unbewegliche und bewegliche Sachen .....	308
2. Vertretbare Sachen und Gattungssachen .....	308
3. Verbrauchbare Sachen .....	309
4. Teilbare Sachen .....	309
B. Einzelsache und Sachgesamtheit .....	309
C. Die Bestandteile .....	310

I.	Begriff . . . . .	310
II.	Arten . . . . .	310
1.	Die allgemeine Regelung für wesentliche Bestandteile (§ 93 BGB) . .	310
2.	Die Regelung für Grundstücke (§§ 94–96 BGB) . . . . .	311
III.	Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	312
1.	Rechtliche Bedeutung . . . . .	312
2.	Wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	312
D.	Das Zubehör . . . . .	312
I.	Begriff . . . . .	313
1.	Selbstständige bewegliche Sache . . . . .	313
2.	Funktioneller Zusammenhang . . . . .	313
3.	Räumlicher Zusammenhang . . . . .	313
4.	Vorrang der Verkehrsauffassung . . . . .	313
II.	Rechtliche Bedeutung . . . . .	314
E.	Nutzungen, Früchte und Lasten . . . . .	314
I.	Begriffe . . . . .	314
II.	Bedeutung . . . . .	315
<b>§ 24. Digitale Produkte</b> . . . . .	316	
A.	Begriff und Beispiele . . . . .	316
B.	Vertragsrechtliche Regelungen . . . . .	316
<b>Anhang. Technik der Fallbearbeitung</b> . . . . .	318	
A.	Vorbereitung der Niederschrift . . . . .	318
I.	Regel Nr. 1: Den Fall gründlich durchlesen! . . . . .	318
II.	Regel Nr. 2: Genau auf die Fragestellung achten! . . . . .	318
III.	Regel Nr. 3: Eine Skizze anfertigen! . . . . .	319
IV.	Regel Nr. 4: In Ruhe überlegen! . . . . .	319
V.	Regel Nr. 5: Ein Lösungskonzept entwickeln! . . . . .	319
VI.	Regel Nr. 6: Ausreichend Zeit für die Niederschrift der Lösung reservieren! . . . . .	319
B.	Aufbau und Gestaltung der Niederschrift . . . . .	320
I.	Regel Nr. 7: Sich um einen systematischen Aufbau bemühen! . . . .	320
II.	Regel Nr. 8: Jede Anspruchsgrundlage systematisch durchprüfen! . .	320
III.	Regel Nr. 9: Nach weiteren Anspruchsgrundlagen Ausschau halten! .	321
IV.	Regel Nr. 10: Das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden!	321
V.	Regel Nr. 11: Im „Gutachtenstil“ schreiben! . . . . .	322
VI.	Regel Nr. 12: Rechtsnormen vollständig zitieren! . . . . .	322
VII.	Regel Nr. 13: Sich um einen klaren und knappen Ausdruck bemühen!	322
VIII.	Regel Nr. 14: Das Ergebnis kontrollieren! . . . . .	323
C.	Muster eines Falles mit Lösung . . . . .	323
<b>Sachverzeichnis</b> . . . . .	327	